

Der Umweltladen

Kontakt- und Infobörse des Umweltamtes
Katharinenstraße 12 · ☎ 5025422

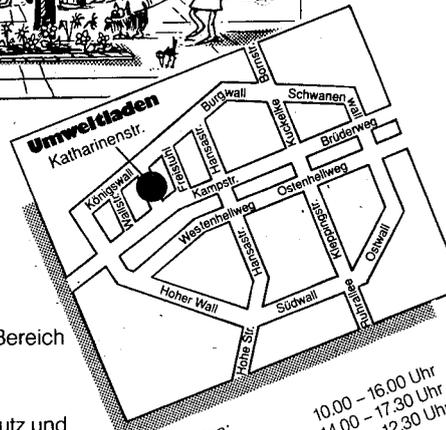


Hier finden Sie...

- Informationen und Beratungen
- Vorträge und Diskussionsrunden
- Dia- und Filmvorführungen
- Ausstellungen und Aktionen
- Exkursionen

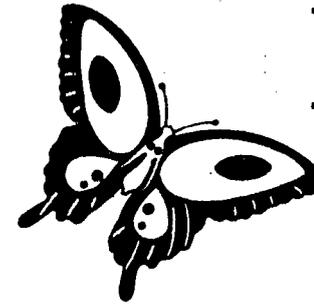
...eine Anlaufstelle für alle Themen aus dem Bereich Umwelt- und Naturschutz, z. B.

- | | |
|-------------------------------|--|
| ● biologischer Pflanzenschutz | ● Lärmschutz |
| ● Baumschutz | ● Landschaftsschutz und Landschaftsplanung |
| ● Artenschutz | ● Altlasten |
| ● Abfallvermeidung | ● Umweltschutz im Haushalt |
| ● Kompostierung | ● Umweltpädagogik ... |

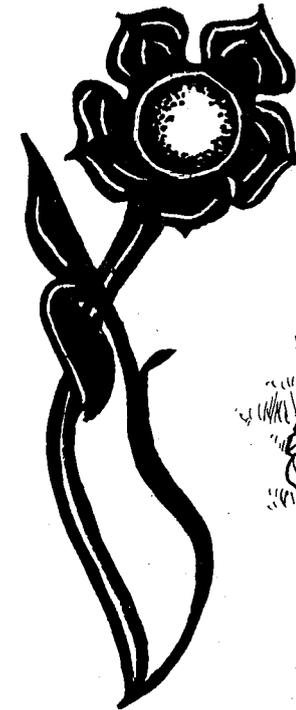


Öffnungszeiten:
Montag - Mittwoch
Donnerstag
Freitag

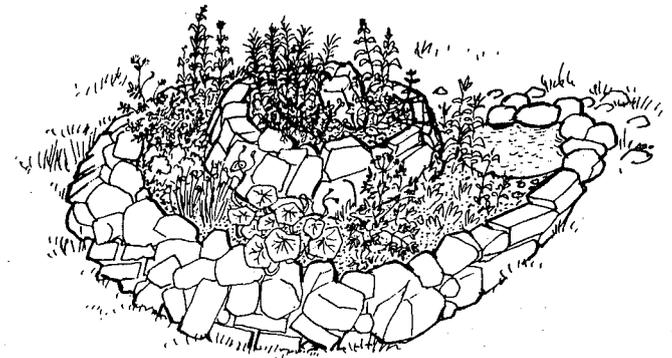
10.00 - 16.00 Uhr
14.00 - 17.30 Uhr
10.00 - 12.30 Uhr



B.U.N.D. FALTER

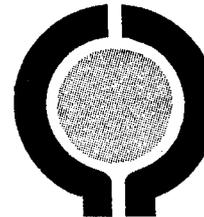


UmweltKulturPark sucht Permagärtner



**Terminsache: Am 30.1.93
Jahreshauptversammlung**

Mitteilungen der Kreisgruppe Dortmund
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. · Landesverband NW



4/92

BOING!

Manta-Manni
hatte wieder die Vorfahrt
an sich gerissen! Aber wir
Radfahrer sind Kummer
gewöhnnt. Eine **8** wirft uns
nicht aus der Bahn.

Zum Glück fahre ich keinen durchschnittlichen Drahtesel, sondern "Das Rad" - ein Modell der Leichtlaufklasse mit langlebigen und hochwertigen Komponenten. Das ist jetzt zwar platt, aber bei DAS RAD besorge ich mir schnell die nötigen Ersatzteile und stürze mich wieder in den Straßenverkehr.

Und Manta-Manni
soll sich in **8** nehmen!

das Rad 

Fahrradspezialgeschäft GmbH • Tel. 0231 / 529324
Stiftstrasse 21 + Kuckelke 20 • 4600 Dortmund



JK-DESIGN MÜNSTER

Mo - Fr 10.00 - 13.00h / 14.00 - 18.30h • Sa 10.00 - 14.00h

UCLA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo - Fr 10 - 22 Uhr
So 10 - 19 Uhr

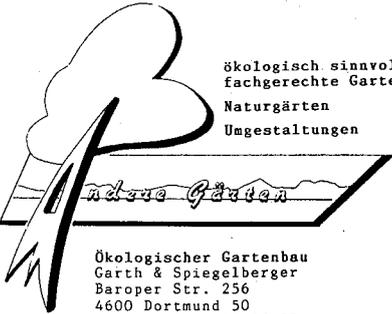
Braunschweiger Str. 22 / Nordmarkt
46 Dortmund 1 • Telefon 83 01 47

Öffnungszeiten:
Mo - Do 10 - 12 Uhr
Mo - Do 15 - 17 Uhr
Di - Mi 15 - 18 Uhr

FAIRSICHERUNGSLADEN

Annenstr. 1 • 4600 Dortmund 1
Tel. 0231/160153

ökologisch sinnvolle und fachgerechte Gartenpflege
Naturgärten
Umgestaltungen



Ökologischer Gartenbau
Carth & Spiegelberger
Baroper Str. 256
4600 Dortmund 50
Tel.: 0231 / 24 05 07

Vollwertnahrung Feine Lebensmittel

kornhaus
Folkmar Bohle

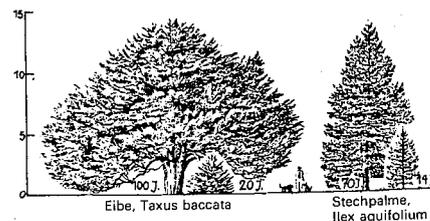
Nier Graben 78 • 4600 DORTMUND 1 • Tel. 0231 / 102041

Aus dem Inhalt

BUND-Termine	4
Wichtiger Termin: Jahreshauptversammlung am 30. 1. 92 um 15 Uhr	
Andere Termine	5
naturvita	6
CO ₂ -Hearing Verkehr	7
kurz berichtet	9
Frische Luft auf dem Grafenhof	10
"Neuer" Umweltkulturpark contra Naturschutz?	12
Neue Gärtner braucht das Land!	12
Katzenjagd	15
Ausgekungelt - VEW bleibt am Netz	17
Kooperationsrunde Fortschreibung Dortmunder Abfallkonzept (KOFAK)	21
Beitrittserklärung	23

Bitte beachten Sie auch die Anzeigen unserer Inserenten auf den Seiten 2, 23 und 24

Redaktionsschluß für den nächsten
BUND-Falter: 26. 2. 1993



Ins Netz gegangen

Die großen Energiekonzerne haben sich ihren Absatzmarkt im Handstreich gesichert. GLOBUS untersucht, welche Möglichkeiten kommunalen Energieversorgern im Osten noch bleiben.

Wenn Sie mehr über die GLOBUS-Hefte des BUND erfahren wollen, schicken Sie uns diese Anzeige. Das Heft zum Thema erhalten Sie gegen 5.- DM (als Verrechnungsscheck).



BUND-Umweltzentrum • Rotebühlstr. 86/1 • 7000 Stuttgart 1



Kreisgruppe Dortmund

BÜRO: Tel. 16 28 24 (Anrufbeantworter außerhalb der Öffnungszeiten)
Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund 1,
Öffnungszeiten: montags 17.00 - 18.30
Zwischen Weihnachten und Neujahr bleibt das Büro geschlossen!
Ⓜ "DO-West" mit S4,
"Ofenstraße" mit Straba 403
oder Bus 463, 492, 494

VORSTAND:
Monika Linscheid 14 39 09
Markus S. Wetter 16 34 09

FACHGRUPPEN:

Planung	Thomas Quittek	75 38 63
	Gabriele Rechmann	28 57 31
Abfall	Dieter Güttmann	16 20 99
	Michael Jonas	14 13 59
Umwelterziehung	Petra Klewes	77 08 87
	Gudrun Zillmer	31 28 97
Ardeywälder	Frank Weissenberg	45 32 46
ANSPRECHPARTNER/INNEN:		
Biotopechutz	Brigitte Stevens	67 16 03
	Martin Kneisel	85 50 15
Energie	Michael Paschko	72 14 50 1
Verkehr	Hartmut Mittrich	85 60 11

SPENDENKONTO:

Überweisungen bitte mit dem Vermerk
"zugunsten Kreisgruppe Dortmund"
auf das Konto Nr. 82 047 00
bei der Bank für Sozialwirtschaft
(BLZ 370 205 00)

Impressum: BUND - Kreisgruppe Dortmund
Redaktion dieses Heftes: Gaby Marquis,
Gerd Wegner, Frank Weissenberg
Anschrikt: Huckarder Str. 12, 4600 DO 1
Auflage dieses Heftes: 1500
Anzeigenannahme: Helga Jänsch, Tel. 416287
(Es gilt Anzeigenpreisliste 1992)
Gedruckt bei Druckwerk, Penningskamp 12a
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

BUND-Termine auf einen Blick

Soweit nicht ausdrücklich ein anderer Ort angegeben ist, finden alle Termine im BUND-Büro oder dem angrenzenden Seminarraum in der Huckarder Straße 12 statt.

- 15.12. 15.00 Aktion des Aktionsbündnisses Autofreie Innenstadt mit Beteiligung des BUND am Hauptbahnhof (Ziel: Bessere Schaltung der Fußgängerampel und Überdachung der Fahrradabstellanlage);
- 17.12. 18.00 Arbeitsbesprechung



- 13.1. 18.00 Treff der Planungsgruppe
- 18.1. 18.30 Treff des AK Abfall
- 20.1. 18.00 Treff der AG Ardeywälder
- 21.1. 18.00 Arbeitsbesprechung
- 30.1. 15.00 **Jahreshauptversammlung**
(siehe Kasten rechts)
- 8.2. 18.30 Treff des AK Abfall
- 10.2. 18.00 Treff der Planungsgruppe
- 17.2. 18.00 Treff der AG Ardeywälder
- 18.2. 18.00 Arbeitsbesprechung
- 26.2. Redaktionsschluß
BUND-Falter 1/93
- 1.3. 18.30 Treff des AK Abfall
- 17.3. 18.00 Treff der AG Ardeywälder
- 18.3. 18.00 Arbeitsbesprechung
- 22.3. 18.30 Treff des AK Abfall

Winterspaziergänge finden auf Verabredung ohne langfristige Planung statt. Interessenten melden sich bei Frank Weissenberg, Tel. 4532 46

Einladung

zur Jahreshauptversammlung der BUND-Kreisgruppe Dortmund am Samstag, dem 30.1.93, 15.00 Uhr Huckarder Straße 12

(im Seminarraum neben dem BUND-Büro)

Vorgesehene Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Berichte zum abgelaufenen Jahr
3. Bericht aus dem Landesverband
4. Kassenbericht
5. Bericht der Kassenprüferin
6. Entlastung des Vorstandes
7. Wahlen
8. Verschiedenes

(Im Anschluß daran findet das unten aufgeführte BUNDforum statt.)

BUNDforum

am 30.1. ca 17.00
im Seminarraum des
Union-Gewerbehofs,
Huckarder Str. 12



Diavortrag
von
Thomas Quittek:
Stadtbiotope in Dortmund

Andere Termine

Kolloquium 'Biologie und Gesellschaft'

jeweils 16.15 - 18.00 Uhr im Raum 4.428 des Gebäudes Emil-Figge-Str. 50 der Univ. DO

- 18.1. Forstdirektor E. Fischer (Forstamt Dortmund): Möglichkeiten zur natürlichen Waldverjüngung im Ballungsraum
- 1.2. Priv.-Doz. Dr. H. Müller, Univ. Dortmund: Neuere Verfahren zur biologischen Abwasserbehandlung: Denitrifikation und Phosphateliminiierung

Dortmunder Botaniker

Die Dortmunder Botaniker treffen sich jeweils am zweiten Freitag jedes Monats um 19.30 Uhr im Vereinsheim des Naturschutzbundes Deutschland (DBV), Strobelallee 51. Beim Märztreff am 12. 3. 93 wird das Exkursionsprogramm für den Sommer 1993 besprochen. Kontakt: Dieter Büscher, Tel. 5410-192 (d) oder 285101 (p).

AGARD

Jeden ersten Mittwoch im Monat findet im AGARD-Naturschutzhaus im Westfalenpark um 19.30 Uhr ein Diavortrag zu einem Naturschutzthema statt. Die nächsten Termine sind:

- 6.1. Georg Kaleck: Die Elster – Sündenbock oder Pechvogel?
- 3.2. W. Paczian: Raubmord am Regenwald
- 3.3. E. Kretzschmar: Libellen – die besten Flieger im Tierreich
- 7.4. A. Geiger: Schlangen – unbekannt, unbeliebt und bedroht

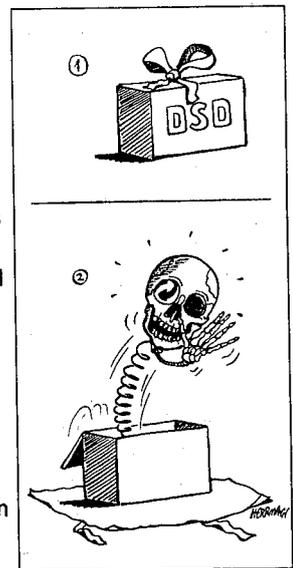
Außerdem finden im Naturschutzhaus wechselnde Ausstellungen statt:

- noch bis 3.1.: Fledermäuse – die heimlichen Königinnen der Nacht; eine Ausstellung des AK Umweltschutz Bochum e.V.
- 4.1. – 31.1.: Der Eisvogel; eine Ausstellung des Umweltzentrums Bielefeld
- 1.2. – 28.2.: Regenwald; eine Ausstellung der Regenwaldgruppe Bochum

INFU- Kolloquium

Mittwochs 14.15 – 16.00 im Hörsaalgeb. II der Univ. DO (Campus Nord), Hörsaal 7

- 16.12. Corinna Westermann, Duales System Deutschland GmbH (DSD), Bonn: Der Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ist gelungen
- 13.1. Dipl.-Ing. R. Jansen – Dipl.-Ing. A. Hugo, INFU, Univ. DO: Kommunale Umweltplanung in Herford – Integration einer Methodik zur Technologiefolgenabschätzung
- 27.1. Prof. Dr. H. D. Jarass, Inst. f. dt. und europ. Umweltrecht, RUB Bochum: Der Vollzug von Umweltrecht – Defizite und alternative Vollzugsformen
- 10.2. Dr. K. Spannhake, Wissenschaftszentrum Berlin: Mediation in der Umweltpolitik – Das Konzept zur Abfallwirtschaft im Kreis Neuss



naturvita

Der Wald war das Thema, mit dem sich die **BUND**-Kreisgruppe auf der Naturvita präsentierte. Vom 25. bis zum 30. November konnten sich die Messebesucher über den **BUND** und das Thema Wald informieren. Viele Besucher nutzten diese Gelegenheit.

Die diesjährige Naturvita fand in den Hallen 5 und 6 statt. Zusätzlich zu den Verkaufsständen in der Halle 6, die alle möglichen Produkte zu einer alternativen Lebensweise anboten, gab es diesmal die "Dortmunder Umweltpalette" in Halle 5 zu sehen.

Die großflächige Aktionsfläche wurde von einem Oval von Infoständen Dortmunder Naturschutz- und Umweltinitiativen, einem Stand des Umweltamtes und der EDG (Entsorgung Dortmund GmbH) umrahmt. Neben dem **BUND** waren unter anderem vertreten der DBV (Deutscher Bund für Vogelschutz), der Tierschutzverein, der VCD (Verkehrsclub Deutschland), der Förderkreis Sinnvolle Arbeit sowie der Touristenverein Naturfreunde.

Unter dem Mantel "Umweltpalette" war also alles dabei, Bekanntes und Kurioses. Auf der umzäunten Aktionsfläche konnten interessierte Messebesucher einige Runden mit dem Fahrrad oder einem der beiden Elektroautomobile drehen. Bis auf ein gelegentliches Reifenquietschen bei scharf angesetzten Lenkmanövern, rauschten so

die Kleinfahrzeuge der Initiative Solarmobil lautlos dahin. Neben einigen Geschicklichkeitshindernissen für die Radler gab es eine Fußgänger-Ampel für Autofahrer.

Anlaß für diese bunte Palette war das Angebot der Westfalenhallen-GmbH, kostenlos eine Halle allein für die Naturschutz- und Umweltinitiativen zur

Verfügung zu stellen. Diese Chance, ohne teure Standgebühren zu entrichten dabei zu sein, nutzte natürlich auch der **BUND**, mit Erfolg, wie sich zeigte.

Auch bei diesem InfoStand wurde wieder deutlich, wie wichtig ein persönlicher Kontakt mit der Öffentlichkeit ist. Es war weit mehr als das bloße Angebot von Broschüren und Büchern. Es wurden zahlreiche Fragen geklärt, Informationen ausgetauscht und Gespräche geführt. Einer der Anziehungspunkte war die Tafel mit dem Titel "Welches Blatt ist das?"

Auf dieser Tafel waren Blattformen und die zugehörigen Früchte abgebildet, deren Baumarten zu nennen waren. Da sich darunter die Blattformen der bekannten Bäume, wie Stieleiche, Spitzahorn, Linde und Birke, befanden, lockte es die Besucher, sich gegenseitig zu beratschlagen, welches Blatt dies nun wohl sei.

Zusätzlich dazu hatte die Arbeitsgruppe Ardeywälder, welche die Infotafeln zu dem Thema Wald erstellt hat, noch fleißig zuvor diese Blätter und Früchte in natura aus dem Wald gesammelt. So konnte man die Blattform auf der Tafel mit einem Original vergleichen. Häufig war dann zu hören: "Ich wußte es mal, doch ich komm' nicht drauf", oder "Schön, ich habe so etwas schon lange nicht mehr gesehen".

fw



CO₂-Hearing "Verkehr"

Der SPD-Unterbezirk Dortmund hatte am 27.10.92 zu einem Hearing eingeladen mit dem Ziel, Vorschläge zu sammeln zur Minderung des CO₂-Ausstoßes durch den motorisierten Straßenverkehr. Dabei war die Stellungnahme zu folgenden vier Fragen erbeten worden:

1. Die Bundesregierung will den CO₂-Ausstoß insgesamt um 25 % bis zum Jahr 2005 senken. Glauben Sie, daß dieser Wert vom Verkehrsbereich eingehalten werden kann?
2. Hat Ihr Verband / Ihre Organisation Vorschläge zur Verwirklichung der von der Bundesregierung gesetzten Ziele entwickelt? Wenn ja, welche?
3. Welche Maßnahmen zur CO₂-Reduktion halten Sie auf kommunaler Ebene für machbar, notwendig und wünschenswert?
4. Sehen Sie Möglichkeiten für Ihren Verband / Ihre Organisation auf kommunaler Ebene an einer CO₂-Reduktion im Verkehrsbereich mitzuwirken?

Wir geben nachfolgend unsere Antworten auf diese Fragen wieder.

Zu Frage 1: Bei Fortführung der derzeitigen Verkehrspolitik, die den Kfz-Verkehr (MIV, LKW) und den Luftverkehr nicht in die Schranken verweist, kann das ehrgeizige CO₂-Minderungsziel nicht erreicht werden. Das Umweltbundesamt schätzt, daß die CO₂-Emissionen aus dem Verkehrsbereich sich bis zum Jahr 2010 gegenüber 1988 um 40 bis 50 Prozent erhöhen werden. Von den Autos ginge dann mit Abstand die größte Klimagefahr aus. Zwar haben sich Bund und Länder mittlerweile darauf verständigt, daß der Verkehrsbereich an dem Ziel einer 20 bis 30 %igen CO₂-Reduktion bis 2005 mit immerhin 10 % beteiligt sein soll. Doch wahrscheinlich wird selbst diese bescheidene Marke verfehlt. Das UBA schätzt, daß die 10 %ige Reduzierung nur dann erreicht wird, wenn der Durchschnittsverbrauch der Autos im Jahr 2010 nicht höher als 4,7 Liter pro hundert Kilometer ist.

Eine im Auftrag des Bundesverkehrsministers (BMV) von dem Baseler PROGNOS-Institut erstellte Studie kam zu dem Ergebnis, daß das CO₂-Minderungsziel im Verkehrsbereich nur bei einer Erhöhung der Kraftstoffpreise auf ca. 4,60 DM pro Liter zu erreichen sei.

Die Studie wurde aus naheliegenden Gründen vom BMV unter Verschluss gehalten.

Zu Frage 2: Ja. Auf Bundesebene hat der **BUND** am 7.10.92 ein 10 Punkte umfassendes Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt (s. Anlage), wovon die ersten drei Punkte den Verkehrsbereich betreffen:

1. Revision des Bundesverkehrswegeplans: Streichung der Straßenneubaupläne, verstärkter Ausbau von Schienennetz (auch regional), Radwegenetz und Öffentlichem Nahverkehr.

2. Sofortige Einführung eines Tempolimits: 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Bundes- und Landstraßen. Einführung von strengen Verbrauchsnormen für Kraftfahrzeuge.

3. Stufenweise Einführung einer nationalen oder europaweiten reinen Energiesteuer, gestaffelt von anfangs 20 Dollar auf langfristige 100 Dollar pro Faß Rohöl. Die Einführung kann aufkommenssteuernerneutral (z.B. durch Senkung von Lohn- und Einkommensteuern) im Rahmen einer umfassenden ökologischen Steuerreform erfolgen.

Allgemein ist anzumerken, daß es zu einer Entkoppelung des Verkehrswachstums vom Wirtschaftswachstum ähnlich wie im Energiesektor kommen muß. Diese auch von der SPD-Bundestagsfraktion vertretene Auffassung gilt insbesondere für den weiter ungezügelt Straßenbau, nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene. Hier sei an die Aussage des verkehrspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Daubertshäuser erinnert, der in einer Bundestagsdebatte sagte: "Wer Straßen sät, wird CO₂ ernten."

Eine umweltverträgliche Verkehrspolitik muß sich an folgenden Grundsätzen orientieren (in dieser Reihenfolge):

- Vermeidung von Verkehr (z.B. durch Siedlungspolitik der kurzen Wege, Erhöhung der Mineralölsteuer)
- Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr und von Flugverkehr auf öffentliche landgebundene, vor allem schienegebundene oder nicht-motorisierte Verkehrsmittel
- Optimierung (technisch, organisatorisch) allen verbliebenen Verkehrs zu geringster Umweltbelastung.

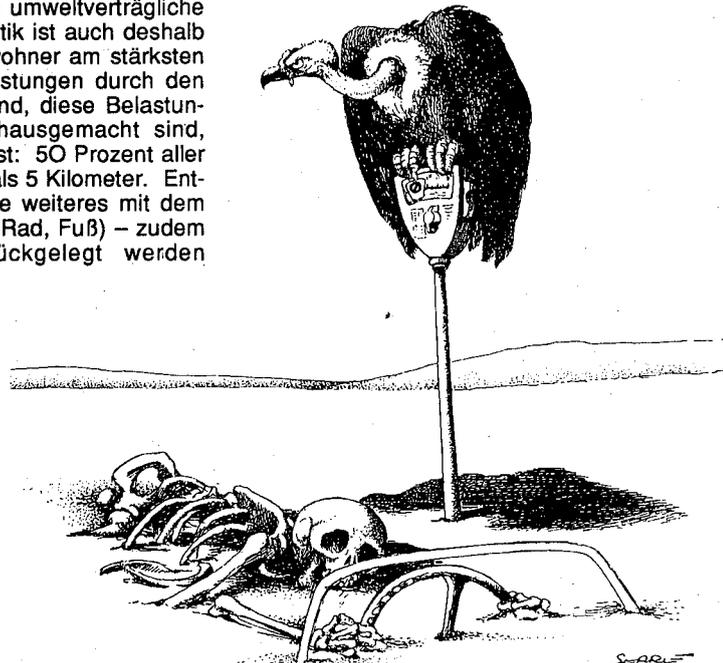
Zu Frage 3: Die oben genannten verkehrspolitischen Grundsätze (Vermeidung, Verlagerung, Optimierung) gelten analog auch für den kommunalen Bereich. Trotz unzureichender umweltpolitischer Rahmenbedingungen für den Verkehr auf EG-, Bundes-, und Landesebene bleiben noch genügend kommunale Maßnahmen zur CO₂-Reduktion. Hier sind vor allem Maßnahmen zu nennen, die in die kommunale Planungshoheit fallen (z.B. Bauleitplanung, Straßenbau, Stadtbahnbau, Verkehrsberuhigung, ÖPNV-Beschleunigung), aber auch ordnungspolitische wie z.B. Tempolimits, Erhöhung von Parkplatzgebühren. Eine umweltverträgliche kommunale Verkehrspolitik ist auch deshalb wichtig, da die Stadtbewohner am stärksten von Luft- und Lärmbelastungen durch den Kfz-Verkehr betroffen sind, diese Belastungen aber vorwiegend hausgemacht sind, wie folgende Zahl beweist: 50 Prozent aller Autofahrten sind kürzer als 5 Kilometer. Entfernungen also, die ohne weiteres mit dem Umweltverbund (ÖPNV, Rad, Fuß) – zudem meist schneller – zurückgelegt werden können.

Wegen der besonders hohen Kfz-bedingten Umweltbelastungen der Innenstädte sind hierfür besondere Anstrengungen erforderlich. Auch in Dortmund findet seit ca. 2 Jahren eine intensive, auch kontrovers geführte Diskussion um das Thema "Autofreie bzw. Autoarme Innenstadt" statt. Dortmunder Verkehrs- und Umwelt-

gruppen (u.a. der *BUND*) haben sich im November 1991 zum "Aktionsbündnis Autofreie Innenstadt" zusammengeschlossen und eine Resolution verfaßt. Alle dort aufgeführten Maßnahmen dienen auch der CO₂-Minderung.

Einige dieser Maßnahmen sollen hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannt werden:

- drastische Reduzierung der öffentlichen Parkplätze in der City, Einführung von Anwohnerparklizenzierung in der gesamten Innenstadt
- Anhebung der Parkgebühren für die verbleibenden Stellplätze incl. Tiefgaragen und Parkhäuser (max. sind nach neuer Landesverordnung 4 DM pro Stunde möglich)
- Beschleunigung des Umweltverbundes z.B. durch Anforderungssignalisierung für Straßenbahnen an allen Kreuzungen sowie Verbesserung der Ampelschaltungen für Fußgänger (insbes. am Wall)



- Rückbau von Hauptverkehrsstraßen, insbes. der vierspurigen (Wallring, Hohe Straße, Ruhrallee etc.) zugunsten der Straßenbahn und abmarkierter Radfahrstreifen
- Verzicht auf weiteren Schnellstraßenbau (B 236n, OW IIIa, B 1- Ausbau und -Untertunnelung)
- Verzicht auf weiteren U-Bahn-Bau (zu teuer und läßt Autos oberirdisch freie Fahrt)

Weitere über den Innenstadtbereich hinausgehende Maßnahmen:

- Tempo 30 auf allen Stadtstraßen mit Ausnahme der Stadtautobahnen
- keine weiteren Einkaufszentren auf der "grünen Wiese"
- Einführung des Firmentickets und von

- Parkplatzgebühren für die städtischen Bediensteten
- Unterstützung von Fahrgemeinschaften und des Modells "Nachbarschaftsauto" des Verkehrsclubs Deutschland (VCD)
- kein weiterer Ausbau des P & R-Konzepts (vor allem der riesigen P&R-Terminals durch den VRR), da hiermit lt. Untersuchungen eher das Autofahren gefördert wird und der ÖPNV zum "Wurmfortsatz" des motorisierten Individualverkehrs (MIV) verkommt.

Zu Frage 4: Ja. Der *BUND* ist zur konstruktiven Mitarbeit bereit. Er verbindet damit die Hoffnung, daß dieses Gremium konkretere Beschlüsse zustandebringt als die "Kommunale Kooperationsrunde Stadtverkehr". Darüber hinaus regt der *BUND* den Beitritt der Stadt Dortmund zum "Klimabündnis" an.

Thomas Quittek

kurz berichtet

Wildgänse rauschen über'n Rhein ...

Zehntausende nordischer Wildgänse werden sich in der Zeit von Dezember bis Anfang März am Niederrhein niederlassen, frisch eingeflogen aus Sibirien. Wer Lust hat, dieses Naturschauspiel im naturschützenden Rahmen einer geleiteten Exkursion zu erleben, kann bei den folgenden Adressen Informationsmaterial erhalten:

Naturschutzstation Kranenburg
Bahnhofstr. 15
4193 Kranenburg
Tel.: 02826/5934

Naturschutzzentrum Wesel
Diersfordter Str. 9
4230 Wesel
Tel.: 0281/65676

Laserdrucker: Müllvermeidung durch Wiederverwertung

Für alle, die mit Laserdruckern arbeiten

Mittlerweile gibt es die Möglichkeit, verbrauchte Toner-Kartuschen/-Einsätze wiederzuverwerten. Das heißt, leere Kartuschen werden von einer Firma angenommen, eventuell in den Kartuschen befindliche Verschleißteile werden ausgetauscht, und die Kartuschen werden neu befüllt.

Meine Erfahrungen mit auf diese Weise wiederbefüllten Kartuschen sind sehr gut. Sie weisen dieselbe Qualität auf wie neue Kartuschen und sind dabei sogar noch billiger als diese.

Weitere Informationen bei:

Dieter Güttmann ab 11.01.1993:
Adlerstr. 11a Am Talenberg 49
4600 Dortmund 1 4600 DO 50
Tel.: 0231/16 20 99



Frische Luft auf dem Grafenhof

Frische Luft schnappen konnten Anwohner und Passanten am 26. September im Bereich der Grafenhofkreuzung, allerdings nur für eine halbe Stunde. Das Aktionsbündnis 'Autofreie Innenstadt' hatte unter dem Motto **Wir machen uns Luft** eingeladen – und mehrere hundert Menschen kamen zum Fest auf der Kreuzung: Mit Spiel, Spaß, Information und Diskussion sollte auf die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten einer ansonsten für den Autoverkehr vorbehaltenen Fläche hingewiesen werden. Und ganz nebenbei hatte der umweltfreundliche Verkehr wenigstens für kurze Zeit Vorrang vor dem Autoverkehr: Fußgänger und Radfahrer konnten ohne Wartezeiten die Kreuzung überqueren und die Straßenbahnen blieben nicht im Stau stecken.

Was eigentlich für 5 Stunden geplant war, durfte letztendlich nur eine halbe Stunde dauern. Der Polizeipräsident hatte diese Auflage erteilt, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht zu gefährden. Die Leichtigkeit des Fußgänger-, Fahrrad- und Straßenbahnverkehrs, die an solchen verkehrsreichen Kreuzungen eigentlich alltäglich gefährdet ist, schien demge-

genüber keine Bedeutung zu haben – es zählt einzig und allein der Autoverkehr.

Der Regierungspräsident fürchtete gar eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und bestätigte damit den Entscheid des Polizeipräsidenten: Bei der Ermessensabwägung mit dem aus dem Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes abgeleiteten Recht auf ungestörte Teilnahme am motorisierten Straßenverkehr sei die Verkehrsbeeinträchtigung, die durch die Kundgebung verursacht wird, angesichts der zahlenmäßigen Übermacht der Autofahrer nicht gerechtfertigt.

Auch auf dem Weg der Klage konnte bis zum Veranstaltungstermin keine Entscheidung herbeigeführt werden.

Damit war denn auch nur ein eingeschränktes und improvisiertes Programm während der Veranstaltung möglich, denn alles mußte mobil und leicht auf- und abzubauen sein. Trotzdem konnten sich die Aktivitäten sehen lassen. Mit Schwungtüchern wirbelten Organisatoren und Passanten ein 'Pestauto' durch die Luft und machten ihrem Ärger über

verstopfte Straßen und Abgasen Luft – begleitet von anspornenden Klängen der Musikgruppe 'Out of Rhythm'. Ein diagonal aufgeklebter Zebrastrifen zeigte, daß es viel einfacher sein könnte – wenn auch den Fußgängern ihr 'Recht auf ungestörte Teilnahme am (dann allerdings nichtmotorisierten) Verkehr' zugestanden würde.

Daß nur eine automobilen Abrüstung zur Lösung des Problems beitragen kann, machte Prof. Dieter Schmalz vom Landesverband

des **BUND** in seiner Ansprache deutlich. Weit her ist es in Dortmund damit allerdings nicht. Zwar wurde zur selben Zeit mit großem Hurra die Eröffnung der neuen Stadtbahnlinie U42 nach Grevel gefeiert. Von der autofreien Innenstadt, deren Start ursprünglich auch für den 26. September vorgesehen war, war allerdings nichts mehr zu hören – getrost nach dem Motto: Wenn schon eine autofreie Innenstadt, dann bitte schön nicht auf Kosten der Autofahrer/innen.

Hartmut Mittrich



Fußgängerspaß auf der Grafenhofkreuzung

Zitat des Monats

"Diese abgrundtiefe Heuchelei, die machen wir nicht mit. Den Porsche um die Ecke, und dann in der Innenstadt demonstrieren für Ökologie. Das sind Filme, die kommen hier nicht an."

OB Samtlebe anlässlich der Stadtbahneröffnung an der Reinoldikirche am 26.9.1992 gerichtet an die Teilnehmer der Aktion an

der Grafenhofkreuzung (Originalton Radio Dortmund vom 28.9.92).

Als Reaktion darauf hat der VCD in einem Schreiben Samtlebe aufgefordert, sich für diese Äußerung zu entschuldigen. Reaktion Samtlebe in einem Schreiben vom 14.10.92 an den VCD: "Ihnen dürfte sicher nicht entgangen sein, daß meine Äußerung eine Persiflage war. Sie ist auch nicht so gefallen, wie sie sie zitieren. ..."

"Neuer" Umweltkulturpark contra Naturschutz?

Nachdem das ursprüngliche Konzept des Umweltkulturparks nicht mehr realisierbar ist, strebt der Verein Permakultur nunmehr die Einrichtung von Gartengruppen an. Vergleiche dazu den nachfolgenden Artikel.

In der Sitzung des Beirats bei der Unteren Landschaftsbehörde am 16. September wurde erhebliche Kritik an diesem Konzept laut, weil man eine intensive kleingärtnerische Nutzung mit Gartenhäusern, Liegestühlen und Festen befürchtete, die den gesetzten ökologischen Zielen widersprechen würde. Man erinnerte an das Bereichsplanungskonzept Uni-Umland, wonach dieses Gelände auch als ökologischer Ausgleichsraum für diverse Bauvorhaben im Uni-Bereich gedacht sei. Aus diesem Grund seien seinerzeit bauliche Anlagen im Umweltkulturpark von seiten der Stadt untersagt worden.

Aufgrund der Kritik hat sich der Verein Permakultur an die BUND-Planungsgruppe mit der Bitte um Vermittlung gewandt. Nach einem Gespräch mit Besichtigung ergab sich folgende Kompromißlösung:

Dazu: Am 16.12. um 15.00 Uhr Sitzung des Landschaftsbeirates zum Thema Umweltkulturpark, im Stadthaus

Neue Gärtner braucht das Land!

Nach dem Aufbau des UmweltkulturParks in den letzten vier Jahren hat der Förderverein Permakultur ein neues Konzept für die zukünftige Nutzung des Parks vorgestellt.

Neu ist die Gartennutzung, d.h. der Gemüseanbau durch Vereinsmitglieder in ihrer Freizeit. Ausgewählte Teile des 12 Hektar großen Parks sollen durch sogenannte Gartengruppen mit jeweils etwa 10 Parteien bewirtschaftet werden. Dabei soll der Anbau von Nahrungsmitteln nach den Prinzipien der Permakultur bzw. des ökologischen Gartenbaus im Mittelpunkt stehen.

Die maximal vier Gartengruppen werden um das bestehende Gartenhaus des BUGA-Demonstrationsgartens angeordnet. Die Sonnenfallen am Hang zum Rahmkebach bleiben frei und sollen vorrangig Naturschutzzwecken dienen. Es werden keine baulichen Anlagen und keine Unterstände errichtet. Die Gartennutzung erfolgt naturnah. Die Gartenordnung soll abschließend am 16. Dezember im Landschaftsbeirat diskutiert werden.

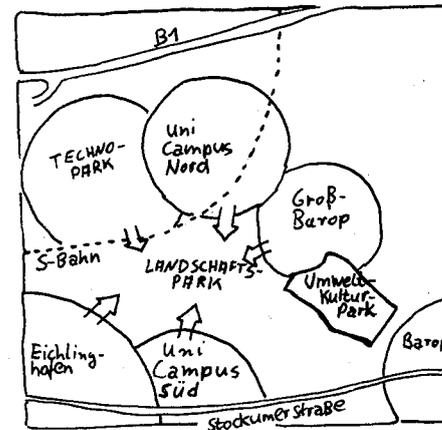
Aus der Planungsgruppe kam ferner die Anregung, auf dem Gelände ein Projekt "Naturgemäße Landwirtschaft" zu initiieren, für das die Naturschutzverbände eine Patenschaft übernehmen könnten. Angedacht wurde z.B. der gift- und kunstdüngerfreie Anbau von Getreide in einer der Sonnenfallen. Vorbild sollten hierbei historische Landnutzungsformen sein.

Anregungen und Ideen für ein solches Projekt sind herzlich willkommen. Interessenten mögen sich bitte bei der Planungsgruppe melden. *Thomas Quittek*

Mitmachen können alle, die

- Spaß am Garten haben und nach umweltverträglichen, naturnahen Methoden ihr eigenes, gesundes Gemüse anbauen und ernten wollen,
- die, die schon immer nach Alternativen zu Kleingartenvereinen oder Grabeland suchten,

- die, die gemeinsam Permakultur ausprobieren wollen. Sie sind es; die durch ihre Gartengruppe und die Beteiligung an der Pflege zum Erhalt des UmweltkulturParks beitragen!



Warum mußte ein neues Konzept her?

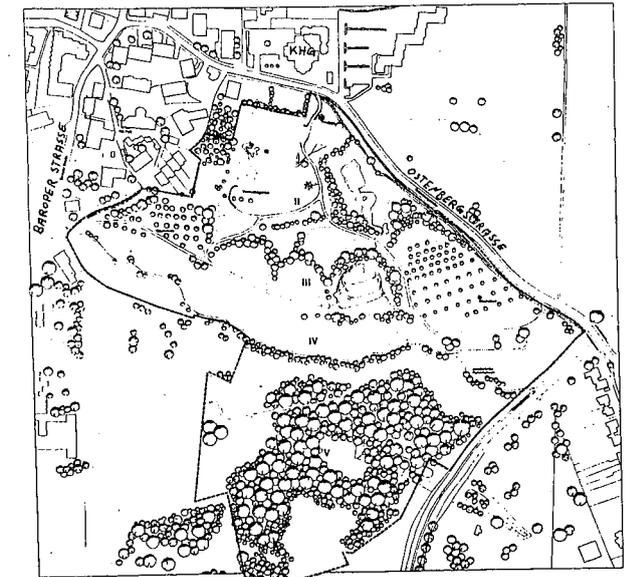
Dazu etwas aus der Historie. Nachdem Anfang der 70er Jahre die Uni Dortmund weit vor den Toren der Stadt, auf der grünen Wiese entstanden war, ist Anfang der 80er Jahre über die Integration dieses Torsos in die Umgebung nachgedacht worden. Die Uni-Umland-Planung war geboren. Danach soll ein Landschaftspark die neue Mitte zwischen den beiden Teilen der Uni, dem Technologiepark, Großbarop und Eichlinghofen werden. Im Rahmen dieser Überlegungen fand auch die Idee eines Permakultur-Parks Beachtung, als Gegenstück zu den High-Tech-Projekten ein "Low-Tech"-Projekt zu entwickeln.

Die Ziele waren hochgesteckt. "In einem Permakultur-Park soll die Möglichkeit der Vernetzung unterschiedlicher angepaßter Technologien im Verbund mit Wohnen und der Produktion von

Lebensmitteln demonstriert werden. Dieses Projekt hat mehrere Komponenten mit unterschiedlichen Ausstrahlungseffekten: eine ökologisch orientierte Wohnsiedlung, einen Landwirtschaftsbetrieb, ein Zentrum für angepaßte Technologien mit Forschungs- und Entwicklungsbereichen, mit Schulungs- und Ausstellungsangeboten" (Stadtbauwelt 91, S. 1383).

1986 gründete sich der gemeinnützige Förderverein Permakultur Dortmund e.V.. 1988 pachtete der Verein das Gelände von der Stadt. Mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Geld aus dem Naturschutzprogramm und viel ehrenamtlichem Engagement verwandelten sich in den Folgejahren die monotonen Ackerflächen in den UmweltkulturPark.

- Aus einem bisher unzugänglichen Landschaftsteil ist ein attraktiver, öffentlich zugänglicher Park entstanden, der zum Spaziergehen, Joggen und Verweilen einlädt.



Zone II: Gemüsegarten
Zone IV: Talauwe

Zone III: Landwirtschaft
Zone V: Wald

- Aus den ehemals intensiv genutzten Ackerflächen ist ein naturnaher Lebensraum für Tiere und Pflanzen entstanden. Nach der Pflanzung von zehntausenden von Bäumen, Sträuchern und Stauden und der Anlage von Teichen und Trockenmauern ist der UmweltKulturPark mit seiner hohen ökologischen Qualität nicht mehr aus dem Grünkonzept des Uni-Umlandes wegzudenken.
- Im Sinne des Naturschutzes bleibt der Wald am Nordhang des Talbereiches weitgehend der natürlichen Sukzession überlassen, während der Südhang der Naherholung, dem Gemüseanbau und der Umwelterziehung dient.

Trotz des bisher erreichten wird deutlich, daß der derzeitige Zustand weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Es ist aus den verschiedensten Gründen weder eine ökologische Siedlung noch ein Landwirtschaftsbetrieb entstanden. Ebenso wenig sind in einem Forschungs- und Bildungszentrum neue Arbeitsplätze entstanden. Diese Einrichtungen sollten jedoch ursprünglich die Pflege und Nutzung des Parks gewährleisten. Ohne die realisierten Gebäude und ohne gewerbliche Nutzung der Gartenflächen bieten sich jedoch auch neue Chancen und Perspektiven. Eine davon sind die Gartengruppen, womit wir wieder beim Anfang wären.

Neue Gartengruppen braucht das Land!

Wenn Sie Interesse haben, kommen Sie am 13. 01. 1993 in das Büro des Fördervereins Permakultur, Stockumer Straße 241, Parkhaus Barop direkt an der Haltestelle der Straßenbahnlinie 408, oder rufen Sie uns an unter 77 86 12 (Achtung Anrufbeantworter außer mittwochs zwischen 19 und 21.30 Uhr), wir rufen Sie zurück.

Wenn Sie einfach nur mehr über Permakultur* und den UmweltKulturPark erfahren möchten, bieten wir nach

Vereinbarung am 1. Samstag im Monat um 14.00 Uhr eine Führung im Park an.

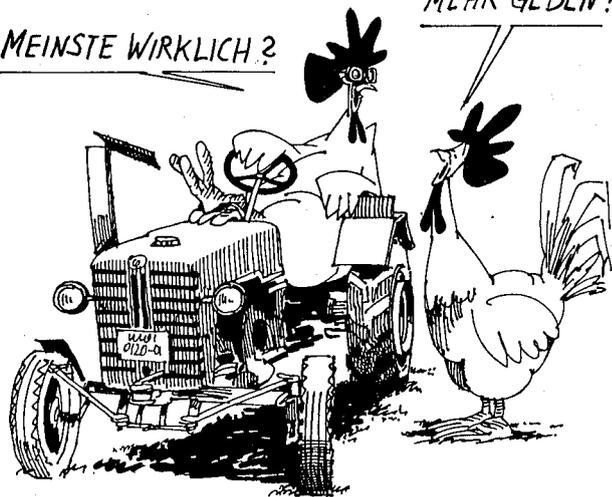
* **Permakultur:** Zusammengesetzt aus **permanent agriculture** = dauerhafte Landwirtschaft. Die Idee verbindet umweltschonende und dezentrale Produktion von Nahrung, um dauerhafte Ökosysteme aufzubauen. Ökologie und Landwirtschaft und menschliches Leben und Arbeiten sollen miteinander in Verbindung und Einklang gebracht werden.

Gerald Kampert

Anm. der Red.: Wir berichteten über die Einrichtung des Modellprojektes "Permakultur" im Zusammenhang mit einer Studie über die Uni-Umlandplanung im BUND-Falter 2/86.

WENN SICH HIER ERST
DIE PERMAKULTUR DURCH-
SETZT, WIRD ES HIER
WOHL KEINE TRAKTOREN
MEHR GEBEN!

MEINSTE WIRKLICH?



Katzenjagd

Ein langes und spannendes Gespräch mit dem Jäger Reinhold Zühlke hat mich bewogen, Ihnen, liebe Leser, ein paar wesentliche Gedanken daraus vorzulegen. Herr Zühlke ist als Mitglied des Jagdbeirates Vertreter des Tierschutzes und außerdem Katzenfreund (z. Zt. wohnen 5 Katzen bei ihm).

Wußten Sie, daß "der Jagdschutz dem Arten- und Tierschutz dient"? Der Gesetzgeber hat dem Jäger u.a. folgende Aufgaben übertragen: "Schutz des Wildes vor ... wildernden Hunden und Katzen ..." (Deutsches Jagdgesetz).

Da stellt sich mir die Frage, was mit "Arten- und Tierschutz" gemeint sein kann, wenn "wildernde" Katzen abgeschossen oder in Fallen gefangen werden dürfen?

"... Als wildernd gelten ... Katzen, die im Jagdbezirk in einer Entfernung von mehr als 200 m vom nächsten Haus angetroffen werden. Diese Befugnis erstreckt sich auch auf solche Hunde und Katzen, die sich in Fallen gefangen haben ..." (§23,(3), 2. Landesjagdgesetz; LJG/NW).

In einem Merkblatt vom Landesjagdverband (LJV) zur Ausbildung für Jagdaufseher in Brügge/NRW wird empfohlen: pro "Revier-einheit = 1000 Hektar müssen jährlich zur Strecke kommen! ... 25 Katzen ...". Hunde sind hier nicht aufgeführt.

Deutlich mehr im Sinne des Tierschutzes fordert dagegen der "ökologische Jagdverein (OJV/NW)" in einem Beschluß: "Einstimmig angenommenes Meinungsbild - Der Abschluß von wildernden Hunden und Katzen ist nach Abmahnung des Besitzers mit ordnungsbehördlicher Genehmigung bzw. aufgrund ordnungsbehördlicher Genehmigung zulässig."

Rund 900 Katzen (West-Anzeiger vom 20. Februar 1992) wurden in den letzten fünf Jahren vom Dortmunder Waidwerk zur Strecke gebracht. Das ergibt sich aus den Statistiken der Jagdreviere. In der Streckenmeldung des Jagdjahres 91/92 wurden 102 Katzen geschossen, dagegen kein einziger Hund.

In der Überlegung, daß aber in Tierheimen das Verhältnis Hundezahl zu Katzenzahl mehr oder weniger ähnlich hoch ist, gibt dieser Punkt Anlaß, weiter darüber nachzudenken.

Sicherlich hat der Jäger schon vom Grundsatz her ein völlig anderes Verhältnis zu einem Hund, der ja schließlich sein Jagdgefährte ist und Helfer beim Beutemachen. Ganz anders die Hauskatzen: "So ein bei Tage und schlechtem Wetter in Baue und Höhlen eingeschleifter, an heiteren Tagen auch an ruhigen Plätzen sich sorglos sonnender Hinz versucht sich an allem, was dem Jäger lieb ist, und er vermag in einer einzigen Nacht sehr beträchtlichen Schaden anzurichten. Das Wildgeflügel, auch Hasen und schwache Rehkitze, beschleicht und würgt er mit fuchsgleicher Fertigkeit. ... Der Schaden verwilderter Katzen geht ins Unermeßliche. Jeder Abschluß oder Fang einer verwilderten Katze ist ein Dienst am Waidwerk und praktizierter Naturschutz. ..." (Hans Behnke in "Jagd und Fang des Raubwildes", Parey Verlag).

In der Jägerschaft gilt dieser Autor als vielzitiert Fachmann in Sachen Waidwerk und trotzdem hat er offenbar noch nichts von den weltweiten, längst anerkannten Untersuchungsergebnissen der Wissenschaftler (u.a. Max-Planck-Institut) gehört, daß Katzen eben doch nicht den großen Schaden im Revier anrichten, den einige Jäger ihnen vielfach gerne andichten.

Katzen sind dem Jäger allerdings auch "nützlich". Unter anderem für die Hundeausbildung, hier beispielsweise bei der Haarwildschleppe, wo anstelle von Kaninchen und Hasen Katzen verwendet werden. In der Verbandsgebrauchsprüfung (VGP) muß nämlich der Jagdhund beweisen, wie gut er eine Spur über 300 m verfolgen kann. Zu diesem Zweck wird vorher ein an einer Schnur festgebundenes totes Tier über den Boden gezogen. Der Hund muß danach genau diesen Weg erarbeiten.

Die Situation der Dortmunder Reviere sieht so aus, daß sich 23 Gemeinschaftsbezirke, 10 Eigenjagdbezirke (davon 6 städtische)

um den Stadtkern gruppieren. Legt man die Übersichtskarte '91 der Bebauungspläne auf die Revierflächen, so wird schnell deutlich, daß der Zersiedelungsdruck weiter zunimmt und die Konfliktmöglichkeiten mit Haustierbesitzern (Hunde- und Katzenhaltern) damit zwangsläufig steigen müssen.

Es ist in dieser Situation davon auszugehen, daß die Tiere ihren Auslauf in den Restfreiräumen auch manchmal unbeaufsichtigt suchen werden. Damit geraten sie natürlich in die Gefahr, als "wildernd" eingestuft und demgemäß getötet zu werden.

Dieser Nutzungskonflikt in den restlichen Freiräumen kann m.E. nur abgewendet werden, wenn es gelingt, eine sachbezogene Kooperation aller Beteiligten zu erreichen, denn die befriedeten Bezirke (§4 LJG/NW) wie öffentliche Anlagen, eingezäunte Privatflächen etc. werden zunehmen und die Reviere verkleinern.

Es muß daher ganz klar in Frage gestellt werden, inwieweit der § 25, Abs. 2, LJG (wildernde Hunde und Katzen), der im wesentlichen für zusammenhängende Wald- und Feldreviere vorgesehen ist, auch für verstärkerte Gemengelage wie für unsere ortsmunder Verhältnisse Geltung haben kann?

Vermutlich gibt es jedoch eine ganze Reihe von zeitgemäß orientierten Jägern, die ihr Handwerk wirklich auch im Sinne eines allumfassenden Hegebegriffes verstehen, und die ganz selbstverständlich auch Katzen und Hunde mit in den von ihnen praktizierten Tierschutz einbeziehen.

Und wenn ich mir vorstelle, daß das so ist, dann ist es doch bestimmt hochinteressant, eine Zusammenarbeit in diesem Sinne von Tierschutz zu versuchen?

Das könnte ja so aussehen, daß zunächst einmal gemeinsam versucht wird, den Besitzer der als "wildernd" verdächtigten Katze auszumachen. Das sollte auch beinhalten, daß als eine erste Maßnahme versucht wird, die Katze in einer geeigneten Lebendfalle einzufangen, um sie lebendig und wohlbehalten aus dem Revier zu entfernen, wenn sich das als erforderlich herausstellt, damit sie dann ihrem Besitzer oder einem neuen

Halter zur liebevollen "Aufbewahrung" übergeben werden kann. Eine mögliche Vorstellung ist hier auch eine künftige engere Zusammenarbeit mit dem im Bau befindlichen neuen Tierschutzzentrum Dortmund.

Schließlich ist auch das Kastrationsthema ein nachdenkenswerter Punkt (so gesehen betreibt der Katzenschutz bereits seit Jahren auch Wildschutz ...). Wenn wir nämlich gemeinsam versuchen, möglichst viele Katzen und Kater kastrieren zu lassen, dürfte sich auch das Problem "wildernder" Katzen auf die Dauer gesehen erheblich reduzieren lassen.

Eine Zusammenarbeit, beispielsweise durch die Offenlegung oder Bekanntgabe der getöteten Katzen und Hunde, würde auch viel mehr Licht in unsere Vermißlisten von Katzen bringen. Ich denke, einem Tierhalter ist es immer noch lieber zu erfahren, daß sein Tier kurz und präzise erschossen wurde, als mit der bohrenden Ungewißheit zu leben, ob es von Tierfängern, Okkultisten oder sonstigen Perversen mißbraucht und gequält wurde.

Die Frage, die ich hiermit öffentlich an das Waidwerk in Dortmund und Umgebung richte, ist: **"Was ist die örtliche Jägerschaft bereit, im Sinne des Tierschutzes für eine solche oder ähnlich fortschrittliche Kooperation zu tun?"**

Denn seien wir ehrlich, es kann doch am Ende allen Beteiligten, Mensch wie Tier, nur nützlich sein, wenn wir zu einer konstruktiven Zusammenarbeit kommen, anstelle vorurteilsbehaftete Berührungsgänge weiter zu schüren.

Das wäre mal ein schöner Auftakt für das beginnende Europa-Jahr 1993, mit dem sich, wenn es gelingt, eine "Provinz-Stadt" wie Dortmund an gänzlich unerwarteter Stelle konkurrenzlos und außergewöhnlich progressiv profilieren könnte ... *Jutta Goden*

Dieser Artikel wurde ungekürzt übernommen aus der Katzenschutzkorrespondenz des Dortmunder Katzenschutzvereins e.V., PF 102124, DO 1



Ausgekungelt

VEW bleibt am Netz

Mit dem Ratsbeschuß vom 8. Oktober, die VEW mit 44,5% an den Versorgungsbetrieben der Stadtwerke zu beteiligen, haben SPD und CDU die Stadtwerke als kommunales Unternehmen zerschlagen und die Chancen für eine ökologische Energieversorgung in Dortmund verspielt. Die VEW kann nun nicht nur ihre verfehlte Strompolitik fortsetzen sondern erhält obendrein noch den direkten Einfluß auf die gesamte Gas-, Wasser- und Fernwärmeversorgung. So kann sie sich wirksam allen bislang von den Stadtwerken geplanten Maßnahmen wie dem Stop der Stromheizungen oder dem Bau von Blockheizkraftwerken entgegenstellen. Energiepolitische Entscheidungen werden in Zukunft ohne Zustimmung der VEW nicht mehr möglich sein.

Als der letzte BUND-Falter geschrieben wurde, war die Frage noch offen, wer das Rennen um die Dortmunder Stromkonzession machen würde. Bis etwa zwei Wochen vor der Ratsentscheidung standen zwei Alternativen zur Diskussion: zum einen das von der VEW vorgeschlagene "Holding-Modell", zum anderen die von den DSW favorisierte Stromnetzübernahme allein durch die Stadtwerke.

Nach den Vorstellungen der VEW sollten die Stadtwerke in einen Versorgungs- und einen Verkehrsbetrieb aufgespalten werden. In den Versorgungsbetrieb würde die VEW dann ihr Stromnetz einbringen und dafür mindestens 48 % der Aktien erhalten.

Da diese Lösung jedoch die Stadt finanziell nicht besser stellen würde als eine Stromnetzübernahme durch die DSW, hatte Oberstadtdirektor Dr. Koch in seiner Beschlussvorlage am 11.9. dem Rat empfohlen, die Stromkonzession an die Stadtwerke zu geben. In gleicher Weise hatte sich bereits Ende August der Dortmunder SPD-Unterbezirksvorsitzende Bernhard Rapkey in der Presse geäußert. Angesichts dieser Entwicklung blieb die VEW nicht untätig und winkte "dem Rat der Stadt mit 'Zuckerbrot und Peitsche'", wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung am 12.9. titelte. Hintergrund: In einem Schreiben an den Oberstadtdirektor hatte der VEW-Vorstand gedroht, nur bei einer Beteiligung des Stromkonzerns werde "das volle Engagement der VEW in Dortmund erhalten bleiben, so auch als Sitz der Hauptverwaltung". Andererseits wurden der Stadt bei Wohlver-

halten finanzielle Zuwendungen in Aussicht gestellt, von der Renovierung der Stadt- und Landesbibliothek über eine Kapitalaufstockung der DoGeWo bis hin zu Hilfen bei der Flächenbeschaffung und -sanierung.

In der SPD-Fraktionssitzung am 21.9. wartete der VEW-Vorstand zum ersten Mal mit einer völlig neuen Variante des "Holding-Modells" auf. Um die Holding für die Stadt finanziell attraktiver zu machen, schlug er vor, daß die VEW ihr Fernwärmenetz in der Innenstadt zusätzlich in die gemeinsame Gesellschaft einbringt, dafür aber das 110-kV-Stromnetz behält. Unter diesen Umständen sei VEW bereit, eine Beteiligungsquote von nur 45 % zu akzeptieren.

Mit diesem geschickten Schachzug schaffte es der VEW-Vorstand, den SPD-Genossen eine für das Stromunternehmen eindeutig günstigere Konstruktion als Kompromißvorschlag zu verkaufen. Von den Stadtwerken wurde dieser Vorschlag heftig kritisiert: "Um überhaupt einen Funken Eigenständigkeit im Stromsektor erwerben zu können," so DSW-Vorstandsvorsitzender Heinze, sei das 110-kV-Netz unbedingt notwendig, z.B. um kostengünstig Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung oder aus Industriekraftwerken übernehmen zu können. Auch die Übernahme der VEW-Fernwärmeversorgung erweist sich (obwohl energiepolitisch durchaus geboten) als finanzieller Flop, denn die veralteten Anlagen müssen in absehbarer Zeit von Grund auf saniert werden.

Auf Horst Zeidler machten die Drohungen und Angebote der VEW offensichtlich Ein-

druck. In der Frage der Stromkonzession hatte er sich lange nicht in die Karten blicken lassen. Bis zum 20.9. glaubten sogar die Stadtwerkevorständler, der SPD-Fraktionschef sei auf ihrer Seite. Ein schwerwiegender Irrtum, wie sich zeigen sollte, denn in der Fraktionssitzung am 21.9. ließ Zeidler endlich die Katze aus dem Sack. Nachdem er den "Rosinenpickern" in der Fraktion gehörig die Leviten gelesen, die Vertrauensfrage gestellt und die Fraktion auf Geschlossenheit eingeschworen hatte, eröffnete er den Genossen, daß er "als Person und als Fraktionsvorsitzender" (Zeidler) die Holding-Lösung favorisiere.

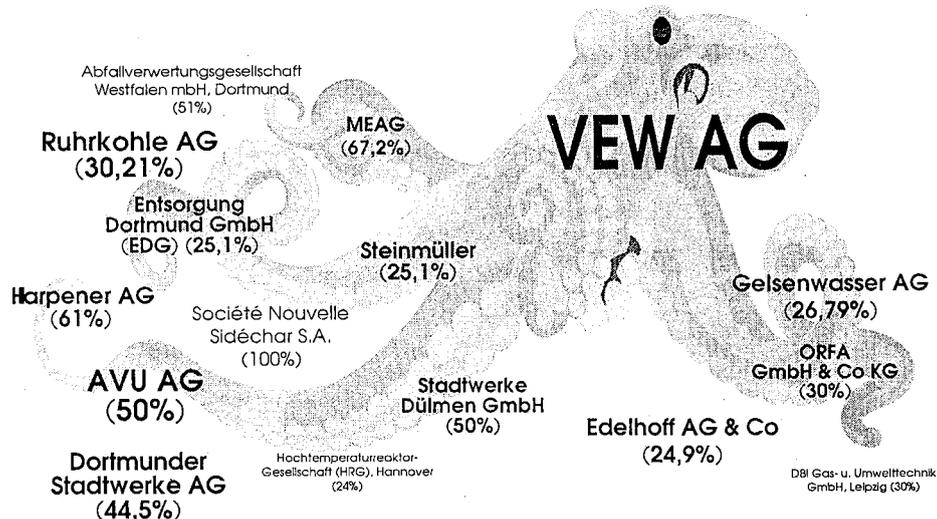
Auch die SPD-Stromkommission kam am 28.9. zu einem VEW-freundlichen Ergebnis. Der Beschluß dieses aus Mitgliedern der Fraktion und des Parteivorstandes bestehenden Gremiums basierte allerdings noch auf dem 'alten' Holding-Modell, d.h. inklusive 110-kV-Netz und ohne Fernwärme. Unter diesen Bedingungen sollte der VEW eine Beteiligung von 43 % anstelle der geforderten 48 % zugewilligt werden. Dieser als Vorgabe für die Fraktion gedachte Beschluß wurde tags darauf auch vom SPD-Unter-

bezirksbeirat bestätigt.

Als jedoch die SPD-Fraktion am 5. Oktober erneut zusammenkam, waren die Parteipfehlungen nur noch Makulatur. In dieser entscheidenden Fraktionssitzung, "wo ab 14 Uhr die Genossen zunächst mit Bezirksproblemen in Hombruch und mit Asylfragen müde und müde gemacht wurden, um dann nach 5 1/2 Stunden ein 19seitiges Papier auf den Tisch geknallt zu bekommen und eine Beschlußempfehlung des Fraktionsvorsitzenden," so Gerald Bahrs in Radio Dortmund, setzte sich die VEW voll durch. Mit einem letzten Paukenschlag hatte sie es verstanden, Stimmung für Ihren Vorschlag zu machen: In einem gewissenmaßen in letzter Minute per Boten überbrachten Brief, bot sie der Stadt "großzügig" den Verzicht auf 0,5 % ihrer Anteile an.

Die Fraktion reagierte prompt und beschloß, die Stromkonzession an eine gemeinsame Versorgungsgesellschaft zu vergeben, an der die DSW mit 55,5 % und die VEW mit 44,5 % zu beteiligen seien. Dabei sollte das 110-kV-Netz ausgeklammert und die VEW-Fernwärme einbezogen werden.

"Seid umschlungen Millionen ...!"



Grafik: Energiewende-Komitee-Dortmund
VEW-Beteiligung in Klammern

Diese exakte Übernahme der Wunschliste von VEW wurde als gemeinsamer Antrag der SPD- und CDU-Fraktion am 8. Oktober im Rat der Stadt zur Abstimmung gestellt. "Sieben gute Gründe" für die Holding-Lösung nannte Horst Zeidler in seiner Rede vor dem Rat und wiederholte damit im wesentlichen die von der VEW vorgebrachten Argumente. Energie- und umweltpolitische Zielsetzungen für Dortmund kamen in der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden nicht vor. Ausführlich lobte er demgegenüber, wie fürsorglich man mit den VEW-Mitarbeitern umgehe, die nun zu der neuen Gesellschaft wechseln müssen.

Von einer "historischen Fehlentscheidung" und einer "Niederlage für die Ökologiebewegung in dieser Stadt" sprach dagegen Grünen-Ratsvertreter Sebastian Müller. Die Holding bezeichnete er als "Unterwerfung der Stadtwerke unter die VEW". Dortmund habe nun als einzige Großstadt in Westdeutschland keine eigenen Stadtwerke mehr.

Wie sehr die VEW offenbar die Dortmunder Politik in der Hand hat, zeigte sich an einem kleinen aber bedeutsamen Detail: Die Beschlußvorlage von SPD und CDU enthielt einen Passus, nachdem die Stadt die Möglichkeit haben sollte, den Stromkonzessionsvertrag mit der gemeinsamen Gesellschaft vorzeitig schon nach 10 Jahren zu kündigen. Diese Regelung war, wie Horst Zeidler in seiner Rede andeutete, ein Kompromiß zugunsten derjenigen Fraktionsmitglieder gewesen, die der Holding ablehnend gegenüberstanden. Man habe aber leider nicht bedacht, so Zeidler weiter, daß dadurch die VEW-Mitarbeiter verunsichert werden könnten. Mit dieser fadenscheinigen Begründung beantragte er, den Passus aus dem Beschlußtext zu streichen. Von den so unter Druck gesetzten Genossen traute sich keiner, dieser wesentlichen Änderung des Fraktionsbeschlusses zu widersprechen. Dabei wäre eine kurze Laufzeit des Vertrages die einzige Möglichkeit gewesen, dem Rat wenigstens noch einen Rest an Einfluß zu sichern.

Als die Ratsvertreter nach über dreistündiger Debatte mit Handaufheben den Strombeschluß besiegelt hatten, flatterte der Kommentar der Dortmunder Umweltgruppen zu

diesem Ereignis in Form einer Wolke von Todesanzeigen von der Zuschauertribüne herab, in denen Robin Wood, Energiewende-Komitee und BUND den Tod der Stadtwerke als kommunales Unternehmen betraueren.

Gekämpft, gehofft und doch verloren.

Nach schwerem Ringen verstarben die Dortmunder Stadtwerke AG als kommunales Energieversorgungsunternehmen im stillen Alter von 135 Jahren. Nach mehrwöchigem Todeskampf erfolgte das Ableben durch einen Mehrheitsbeschluß des Rates der Stadt Dortmund.

Dortmunder Stadtwerke AG

* 19.6.1857 † 8.10.1992

Mit den Stadtwerken starben die Chancen für eine ökologische Energieversorgung in Dortmund. Außerdem werden mit dem Tod des kommunalen Unternehmens die Möglichkeiten der bürgerschaftlichen Kontrolle der Dortmunder Versorgungswirtschaft zu Grabe getragen.

Als Totengräber waren vor allem die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) und die SPD-Mehrheitsfraktion im Rat der Stadt Dortmund tätig.

In tiefer Trauer:
Energiewende-Komitee Dortmund
BUND, Kreisgruppe Dortmund
Robin Wood, Regionalgruppe Dortmund

Wer noch darüber rätselte, wie es zu diesem Durchmarsch der VEW-Interessen kommen konnte, dem wurden am Tag nach der Ratsentscheidung die Augen geöffnet. Von einem "Spiegel"-Artikel vorab informiert, berichtete Gerald Bahrs in Radio Dortmund von einer Geheimsitzung am Abend des 20. September im Haus Bittermark. Bei dieser "Zusammenkunft nur unter Genossen" habe der designierte VEW-Chef Fritz Ziegler, der ebenfalls Schatzmeister und Vorstandsmitglied der NRW-SPD ist, offen mit der Verlegung des VEW-Hauptsitzes aus Dortmund

gedroht. Anstelle den VEW-Vorstand zurückzupfeifen, habe der Dortmunder Oberbürgermeister und VEW-Aufsichtsratsvorsitzende Günther Samtlebe diese knallharte Erpressung geflissentlich unterstützt. Dem Stadtwerke-Chef Harald Heinze fuhr Horst Zeidler über den Mund. "Nicht der bestimmt, sondern wir entscheiden." Oberstadtdirektor Gerd Koch wurde scharf verwarnt, weil er sich für die Stadtwerke eingesetzt hatte.

Von dem Treffen, so hatte Zeidler laut "Spiegel" gleich zu Beginn klargestellt, dürfe kein Fremder je erfahren.

"Tatsächlich war um Mitternacht am 20. September die Entscheidung gefallen. Alles was folgte, war Taktik," resümierte Gerald Bahrs, und es verwundert nicht, daß genau einen Tag später Horst Zeidler in der SPD-Fraktion für die Holding-Lösung votierte und der VEW-Vorstand sein neues Beteiligungsmodell aus der Tasche zog.

Nach Bekanntwerden dieser Vorgänge mußten sich Zeidler und Samtlebe heftige Kritik gefallen lassen. Die Grünen sprachen von "Geheimbündelei" und forderten ihren Rücktritt. Der BUND und das Energiewendekomitee begnügten sich nicht mit verbaler Kritik sondern forderten die Kommunalaufsicht beim Regierungspräsidenten in Arnsberg auf, zu überprüfen, wie weit die Vorgänge um die Vergabe der Stromkonzession mit den kommunalrechtlichen Bestimmungen in Einklang stehen. Bereits vor der Ratsentscheidung hatte das Energiewendekomitee den NRW-Wirtschaftsminister aufgefordert, die "Lockvogelangebote" der VEW

*VEW unser, die Du verteilst den Strom in Westfalen,
geheiligt werde Dein Vorstand.
Dein nächstes Atomkraftwerk komme.
Deine regelmäßige Abbuchung geschehe,
wie in Banken, so auch in Sparkassen.
Unseren täglichen Strom gib uns heute.
Und vergib uns unsere Stromsparlampen,
wie auch wir Dir vergeben Deine CO₂-Emissionen.
Und führe uns nicht in Verdunklung,
sondern erlöse uns von unserem Sparfimmel.
Denn Dein sind die Konzessionsverträge, die Kraftwerke,
die Verteilungsanlagen und das Wegerecht
in Ewigkeit.
Amen*

auf ihre energie- und kartellrechtliche Zulässigkeit abzuklopfen. In beiden Fällen sind die Behörden inzwischen aktiv geworden und haben beim Oberstadtdirektor bzw. VEW-Vorstand Stellungnahmen eingefordert.

Bei all der Kungelei könnten die VEW-Gönner allerdings die Rechnung ohne den Wirt in Gestalt des Bundeskartellamtes gemacht haben. Bereits drei Tage vor der Ratsentscheidung hatte das Amt in einem Brief an den Oberstadtdirektor erhebliche kartellrechtliche Bedenken gegen die geplante Fusion angemeldet. Entgegen der gängigen Praxis, solche Transaktionen schon im Vorfeld informell zu diskutieren, hatte sich in Dortmund vor der Entscheidung niemand an das Kartellamt gewandt. Die Bundesbehörde müßte ihre langjährige Genehmigungsgrundsätze schon völlig über den Haufen werfen, wenn sie dem Dortmunder Beteiligungsmodell zustimmen würden, berichtete Prof. Kurt Markert, Vorsitzender der 8. Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes der Zeitung für kommunale Wirtschaft.

Der kürzlich verstorbene Altbürgermeister und ehemalige DSW-Arbeitsdirektor Willi Reinke nahm dies in seinem letzten Interview zum Anlaß, eine Revision der Ratsentscheidung zu fordern. Nicht etwa nur der Anteil der Stadtwerke an der Versorgungsgesellschaft sei zu erhöhen, "sondern es muß sein, daß Gas, Wasser und Strom zusammengeführt werden allein bei den Stadtwerken".

Michael Paschko

Kooperationsrunde Fortschreibung Dortmunder Abfallkonzept (KOFAK)

Auf einer vom Aktionsforum gegen Müllverbrennung im Juni 1992 durchgeführten Veranstaltung, schlug einer der Referenten vor, in Dortmund einen "Runden Tisch" zum Thema Müll einzurichten. Nun sind die Vorbereitungen dazu soweit gediehen, daß es am 08.12.1992 zu einem Vorgespräch kommen soll, in dem die beteiligten Gruppen abklären werden, ob und wie sie an dieser Kooperationsrunde teilnehmen möchten. Nachstehend sind die Grundsatzforderungen formuliert, mit denen der BUND in diese Gespräche hineingeht (Rückmeldungen der Leser sind ausdrücklich erwünscht). Eine Teilnahme des BUND an dieser Kooperationsrunde bedeutet keinesfalls, daß wir unsere Ablehnung der Müllverbrennung aufgeben!

Themenstellung

- Fortschreibung des Abfallkonzeptes (das schlechte vorhandene als "Null"-Version); Arbeitsgrundlage soll die gegenwärtige Entsorgungsplanung sein, Soll-Ist-Vergleiche bezüglich des Standes der Planungen (halbjährlich). Keine Beschränkung auf einzelne Themenstellung wie z.B. ORFA, MVA usw. (um deren Akzeptanz bei den Gegnern scheinbar zu erhöhen).
- Untersuchung aller Abfallströme; Aufzeigen möglicher Vermeidungspotentiale, sinnvoller Verwertungswege sowie brauchbarer Behandlungskonzepte (hier ist mehr Phantasie angesagt, als die dafür Zuständigen bisher entwickelt haben); diese Konzepte, Verfahren sind auf Tauglichkeit zu prüfen (Beispiel: Restmüll mechanisch-biologisch behandeln, die dabei aussortierte Leichtfraktion per Hydrierung aufarbeiten).
- Anfordern von Gutachten/Stellungnahmen,

um die Tauglichkeit vorgeschlagener Konzepte durch dafür geeignete Gutachter/Institute prüfen zu lassen. Es wird von allen beteiligten Gruppen erwartet, daß sie für alternative Entsorgungswege offen sind, wenn gemeinsam erarbeitete Gutachten diese als durchführbar aufzeigen.

Allgemeines

Die Ratsfraktionen (außer Republikaner), EDG und Stadtverwaltung müssen signalisieren, daß ein Votum der KOFAK Gewicht hat: Wir brauchen keine neue Quasselbude!

Selbstverständlich ist klar, daß Entscheidungen letztlich immer von den Ratsmitgliedern getroffen werden müssen. Es muß aber sichergestellt sein, daß sich Vorschläge, die von der KOFAK erarbeitet wurden, die Tendenz der Ratsanträge bestimmen.

Dazu ist eine Transparenz der Entscheidungen auf allen Ebenen unverzichtbar. Geheimniskrämerei und Geheimdiplomatie, wie sie bei der Diskussion um die Stromnetzübernahme das Ergebnis bestimmt haben, sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel.



Alle Informationen/Zahlen/Verträge, die die KOFAK anfordert, müssen zur Verfügung gestellt werden. Begründung: Die für die Müllbeseitigung verwendeten Gelder werden von allen Bürgern bezahlt, eine Geheimhaltung nicht personenbezogener Daten ist durch nichts zu rechtfertigen!

Diese Forderungen (Transparenz der Entscheidungen, Zugang zu allen Informationen) sind als vertrauensbildende Maßnahmen unverzichtbar. Es sollte auch selbstverständlich sein, daß Termine für die KOFAK auf frühestens 18.30 Uhr angesetzt werden.

Zu beteiligende Gruppen

- Bürgerinitiativen (evtl. durch Wahl zweier Vertreter im Aktionsforum gegen MV, sonst je BI ein Vertreter; spez. BI Eving, BI Grevel, BI Hörde)
- Mindestens 1 Vertreter vom Planerladen, Wissenschaftsladen, FOPA
- EDG/Verwaltung
- Naturschutzbund, BUND

- Für die Parteien (außer Republikaner) die Sprecher der Fraktionen im Umweltausschuß

Die Moderation sollte von einer unabhängigen Person übernommen werden, die nicht zu den obigen Gruppen gehört. Hier ist eine weitgehende Professionalität wünschenswert.

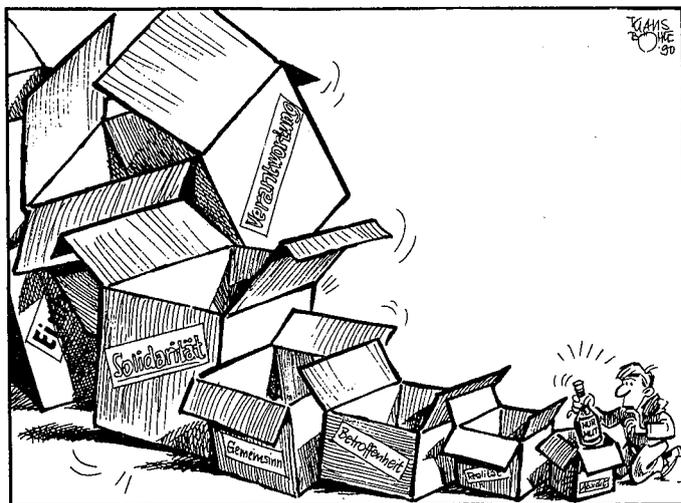
Aspekte zu anfallenden Kosten

Kosten für Gutachten, benötigte Unterlagen werden von der EDG und der Stadt übernommen.

Es sind Regelungen zu vereinbaren, nach denen es weder zur Ablehnung von Gutachten aus Kostengründen noch zu unnötiger Kostentreiberei (z.B. mehr als zwei Gutachten zu einem Thema) kommen kann.

Sofern es zur Informationsbeschaffung erforderlich ist, zu Geschäftszeiten einen Termin wahrzunehmen, ist für die ehrenamtlichen Mitglieder des KOFAK (z.B. Vertreter der BIs) ein Modus für die Kostenerstattung zu finden.

Dieter Güttmann



Beitrittserklärung

Ich,

Name	Vorname
------	---------

 geb. am

--

möchte dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) beitreten und zwar als (zutreffendes bitte ankreuzen)

- Einzelmitglied (DM 90,-) Sozialhilfeempf. oder Person in der Berufsausbildung (DM 30,-) bzw. zusammen mit meinem Ehepartner

Name	Vorname
------	---------

 geb. am

--

- als Familie (DM 120,-; die angegebenen Beträge sind die Jahresbeiträge). Meine / unsere Anschrift lautet

Straße	Nr.	PLZ	Ort
--------	-----	-----	-----

- Ich / wir überweise(n) den genannten Jahresbeitrag von DM

--

 nach Erhalt der Beitragsrechnung. Oder:

- Ich bin / wir sind damit einverstanden, daß der Beitrag jährlich abgebucht wird von meinem / unserem Konto Nr.

--

 bei

--

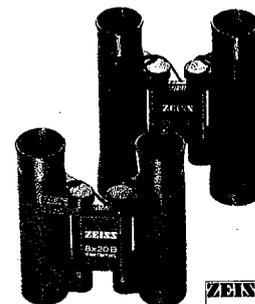
 BLZ

--

Ort und Datum	Unterschrift(en,d.h. bei Ehepaarmitgliedschaft beide)
---------------	---

Zeiss Ferngläser
Geschenke
von bleibendem
Wert

**OPTIK-
FOTO
HAPPE**



ZEISS
West Germany



Augenoptikermeister
4600 Dortmund-Huckarde
Rahmer Straße 4
Ruf : 31 03 60